

Otto Weber

geb. am 17.2.1889 in Rathenow

gest. am 7.12.1971 in Rathenow

konfessionslos

Hornarbeiter in Rathenow

verheiratet mit Minna Weber geb. Schmidt seit 1933, eine Tochter;

wohnhafte Fischerstr.10; ab 1934 Emil-Muth-Str. 8

Sohn einer Arbeiterfamilie;

Volksschule;

optische Lehre;

danach arbeitet er bis 1914 in Berlin, Fa. C.P. Goerz;

anschließend kurze Zeit in Paris;

bei Kriegsausbruch interniert, wegen Krankheit in die Schweiz abgeschoben;

kommt im Oktober 1917 im Rahmen eines Austausches nach Deutschland;

arbeitet als Hornarbeiter in Rathenow;

Nach der Befreiung 1945 Leiter des Dezernats für Volksbildung in der Stadtverwaltung Rathenow.

Stadtverordneter in Rathenow

Mitglied des Provinzial-Landtags Brandenburg

Reichstagsabgeordneter

Politischer Werdegang:

1906 Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes;

1907 Mitglied der SPD;

1914 in Paris Mitglied im Syndikat der Metallarbeiter (Confédération generale du travail) und dem „Deutschen Sozialdemokratischen Leseklub“;

1914 bei Kriegsausbruch verhaftet und unter Anklage wegen angeblicher Spionage gestellt, 9 Wochen Untersuchungshaft in Paris. Verfahren eingestellt; anschließend Internierungslager Tatihou (la manche); wegen Krankheit nach 2 ½ Jahren in die Schweiz abgeschoben und 9 Monate interniert in Chur (Gaubünden); im Oktober 1917 Austausch nach Deutschland;

1917 schließt sich O.W. dem Spartakusbund an und gründet mit Karl Gehrman, August Klopprogge und Friedrich Hermann die Rathenower Spartakusgruppe; im November 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, arbeitet fortan als Vertrauensmann der Gewerkschaft und Betriebsrat;

1919 mit Karl Gehrman Gründer und Leiter der KPD in Rathenow;

1919 vertritt er in Frankfurt/Main auf der Parteikonferenz die Rathenower KPD; O.W. ist Mitglied der Roten Hilfe, des Roten Frontkämpferbundes (RFB), des Arbeiter- Turn- und Sportbundes (ATSB)

1924 wird er in die Stadtverordnetenversammlung Rathenow gewählt (bis 1933 Abgeordneter);

Seit 1925 ist er Mitglied des brandenburgischen Provinziallandtages (gewählte Vertretung der Mark Brandenburg mit Neumark und Niederlausitz).

1925 (nach innerparteilichen Richtungskämpfen ist das „Thälmannsche ZK“ gebildet) gehört er nach dem „Offenen Brief“ wie fast die gesamte Ortsgruppe Rathenow der linken Parteiopposition an; O.W. unterschreibt den „Brief der 700“ und leitet nach dem Überschnen Karl Gehrmanns zur ZK-Mehrheit (Thälmann) die linke Opposition in Rathenow und in der Provinz Brandenburg.

1927 wegen Landfriedensbruch vor der Großen Strafkammer in Brandenburg angeklagt und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Grund: Aktion gegen eine Demonstration des „Stahlhelm“. Auf Grund einer Amnestie muss er die Haftstrafe nicht verbüßen.

24. Januar 1928: O.W., der 1924 auf der Liste des Wahlkreises 4 – Potsdam I, für die KPD kandidiert hatte, rückt für den verstorbenen Linken Kommunisten Hans Bohla (geb. 1891, gest. 8. Januar 1928) in den Reichstag nach. (Hans Bohla gehörte seit 1926 zur Gruppe der Linken Kommunisten und trat am 3. August 1927 aus der KPD aus, um sich mit Georg Kenzler und anderen gemäßregelten Linken zu solidarisieren.) Das ZK der KPD ersucht Otto Weber, sein Mandat niederzulegen. Da O.W. dem nicht folgt, wird er am 3. Februar 1928 aus der KPD ausgeschlossen. O.W. gehört fortan der Gruppe der Linken Kommunisten (mit weiteren 13 Genossen, ohne Fraktionsstatus) an. Er nimmt das Mandat bis zur regulären Neuwahl des Reichstages im Mai 1928 wahr.

April 1928: O.W. ist einer der Mitbegründer des Leninbundes; er leitet in den folgenden Jahren die starke Gruppe dieses Bundes in Rathenow. Der Leninbund hat reichsweit 1928 bis 1933 anfangs ca. 6.000, später ca. 1.000 Mitglieder.

1929 wird O.Weber zum stellvertretenden Vorsitzenden der SVV Rathenow gewählt.

Die „Rathenower Zeitung“ vom 19.1.1929 berichtet darüber:

Bei der Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung kommt es durch Stimmgleichheit bei der Wahl des Vorstehers zum Losentscheid zwischen den Abgeordneten Krietsch und Warnecke: Das Los fällt auf Warnecke (SPD), der bürgerliche Kandidat verliert. Die Zeitung klagt, am Losentscheid wären „außer der Unvollständigkeit der bürgerlichen Fraktion schließlich die beiden Rechtskommunisten schuld, die in der Stichwahl für Herrn Warnecke stimmten, allerdings nur, wie Herr Gehrman sagte, um damit den Sozialdemokraten keine Agitationsmöglichkeit zu geben.“ Wegen dieses Stimmen-Patts bezeichnet die Zeitung die SVV als „dieses auflösungsreife Parlament“.

Bei der Stichwahl um den Stellvertreterposten erhält Krietsch mit 9 Stimmen nur die relative Mehrheit gegenüber dem kommunistischen Kandidaten Otto Weber. Entnervt verzichtet Krietsch, Otto Weber wird stellvertretender SVV-Vorsitzender.

Die o.g. Unterstützung des SPD-Kandidaten durch die Kommunisten leitet keine Gemeinsamkeit ein, im Gegenteil: Als in dieser Sitzung die KPD eine einmalige Winterbeihilfe für Erwerbslose in Höhe von 30 Mark beantragt, weist ein SPD-Redner die „demagogischen Ausführungen der Kommunisten“ zurück. Dem Fürsorgeamt wären im Dezember 15.000 Mark genehmigt worden, darum gäbe es keine Sonderhilfe.

Der Stadtverordnete Gehrman (KPD) beantragt unter Verweis auf den schlechten Zustand der Chausseen in der Umgebung die Aufnahme von Notstandsarbeiten innerhalb eines städtischen Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der Stadtkämmerer Paul Szillat (SPD) weist zurück, dass es dem Magistrat mit der Arbeitsbeschaffung nicht ernst wäre.

Soweit der Bericht der „Rathenower Tageszeitung“, und soviel zur Illustration des Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Rathenow.

1933

Nach der Übertragung der Reichskanzlerschaft an Hitler wurden Neuwahlen verfügt. Otto Weber stand für die Landtagswahl am 5. März auf Platz 1 der Kandidatenliste der KPD, damit war sein Mandat sicher. O. W. wurde jedoch Ende Februar/Anfang März 1933 (wahrscheinlich in der Nacht vom 27. zum 28. Februar) verhaftet (1. Verhaftungswelle gegen Kommunisten unmittelbar nach der Reichstagsbrand-Provokation).

Zur Verfolgung Otto Webers gibt es Quellen mit verschiedenen Varianten:

-- 14 Kommunisten, darunter Otto Weber, werden von der „Hilfspolizei“ (SA, SS und Stahlhelm) und der örtlichen Polizei im Polizeigefängnis Rathenow, Berliner Str. 1-2, gefangen gehalten. Folterungen zur Erpressung von „Geständnissen“ (Prügel, Scheinerschießung), und Demütigung in der Öffentlichkeit (Wahlplakate unter Bewachung abkratzen) sollen den Widerstandswillen der Kommunisten brechen. Schließlich werden sie ins Amtsgerichtsgefängnis, Bahnhofstraße, überstellt und zu „Verhören“ durch die SA/SS zurückgeholt. Nach vier Monaten werden sie „versuchsweise“ entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt, wegen Fortsetzung der politischen Arbeit wieder verhaftet und ins Konzentrationslager Oranienburg bzw. ins KZ Börnicke gebracht. Bis Herbst 1933 (wahrscheinlich November) hält man sie im KZ fest, dann werden sie ins Gerichtsgefängnis Rathenow überführt. Offenbar noch 1933 entlassen.

-- In „M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus...“, Droste Verlag Düsseldorf, 3. Auflage 1994, heißt es zu Otto Weber: „Ende Februar 1933 verhaftet; bis Herbst 1933 KZ Oranienburg;...“

-- Otto Weber selbst schreibt im Antrag zur Aufnahme in die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) 1952, in mehreren Fragebögen und Lebensläufen (1945, 1947, 1958, 1964 bzw. undatiert) über seine Beteiligung am Widerstand und die Verfolgung durch die Nazis. Sein Bericht benennt eine sofort nach dem 30. Januar 1933 abgehaltene Zusammenkunft von Genossen des Leninbundes und der SAP – Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, eine 1931 von ausgetretenen Mitgliedern gegründete linke Abspaltung der SPD – und die Teilnahme an einer illegalen Konferenz in Berlin mit 20 Genossen, u.a. Kurt Deutsch und Heinrich Winkler „von der Leitung“ (vermutlich des Leninbundes). In der Folgezeit bringen Kuriere Flugblätter nach Rathenow. Als Deckadresse stellt sich Schneidermeister Leppin zur Verfügung, von dem das eingehende Material an die Genossen zur Verteilung weitergegeben wird. Nach seinen Angaben wird O.W. bei Massenverhaftungen im Mai (?) 1933 ca. 12 Tage in Haft genommen und danach unter Polizeiaufsicht gestellt. (Das Datum ist offensichtlich ein Irrtum, denn die Massenverhaftungen fanden im Februar/März und im Juni 1933 statt. Er hatte zunächst „März“ geschrieben, dann gestrichen und geändert in „Mai“. Es gibt also selbst bei ihm einen Unsicherheitsfaktor.)

1934

(bei Notstandsarbeiten beschäftigt)

17. April 1934 erneute Verhaftung durch Verrat des ehemaligen KJVD-Genossen (KPD-Jugendleiter) Alfred Ebel, der auch als Belastungszeuge fungiert.

2 Wochen Polizeihaft im Gerichtsgefängnis Rathenow, 4 Monate Untersuchungshaft. Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat gemeinsam mit

- Emil Schultze, 38 Jahre, Einschleifer, Gr. Baustr. 8 – „Rädelsführer“,
- Otto Rosin d. Jüng., 22 Jahre, Tischler, Tempelhof 1 – „Rädelsführer“,
- Julius Hagenau, 32 Jahre, opt. Arbeiter, Gr. Burgstr. 26,
- Gustav Thiecke, 65 Jahre, Dreher, Spandauer Str.10 oder Schmied, Curlandstr. 11.

18. Mai 1934 Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht Berlin (10 OJ 126/34): O.W. wird beschuldigt, dem Mitangeklagten Gustav Thiecke „um die Jahreswende 1933/34 auf der Straße ein kleines Päckchen übergeben“ zu haben, in welchem sich das „aus 8 Blättern bestehende Programm einer illegalen kommunistischen Druckschrift ‚Rote Blätter‘“ befunden habe. (BA Potsdam, NJ 782).

17. August 1934 vom 5. Strafsenat des Kammergerichts wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt mit anschließender Polizeiaufsicht (und Wehrmichtsausschließungsschein = „wehrunwürdig“). In der Urteilschrift vom 28. September 1934 heißt es, dass von einer Zuchthausstrafe abgesehen wurde, da sich die „hochverräterische Tätigkeit auf das Verbreiten illegaler Flugschriften beschränkt hat“. (Ebd., NJ 8058)

Die Mitangeklagten erhielten:

- Emil Schultze – 3 Jahre Zuchthaus;
- Otto Rosin – 2 Jahre, 6 Monate Zuchthaus;
- Julius Hagenau – 2 Jahre Gefängnis;
- Gustav Thiecke – 1 Jahr, 3 Monate Gefängnis.

O.W. verbüßt die Haft vom 17. August 1934 bis 17. April 1936 in Spandau und im Zuchthaus Brandenburg-Görden. (Liste der Gefangenen-Personalakten des Zuchthauses Brandenburg, ebd., NJ 979)

1936 bis 1945

O.W. arbeitet im Rathenower optischen Betrieb W. Köppen; er unterstützt u.a. französische Kriegsgefangene und sowjetische Zwangsarbeiter; betreibt politische Agitation bei deutschen Arbeitern. Er hält heimlich (trotz Polizeiaufsicht) Verbindung mit seinen Genossen. Einem französischen Kriegsgefangenen verhilft er zur Flucht (Hermann Schmidts Bürgschaftserklärung 1958).

1944 – Juli bis 1. Oktober – Zwangsarbeit im Osteinsatz (Erdarbeiten)

1945

Nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus ernennt der sowjetische Stadtkommandant, Oberstleutnant Slepzow, am 10. Mai O.W. zum Stadtrat und Leiter des Dezernats für Volksbildung. (Andere Quelle: Leiter der antifaschistischen Polizei in Rathenow?) Zugleich ist O.W. Sachbearbeiter für die Durchführung des Befehls 234 (Maßnahmen zur Steigerung der Produktion).

Gleichzeitig ist er Vorsitzender des Antifa-Ausschusses.

Nach der Zulassung der Parteien im Juni 1945 wird er zum Pol-Leiter der Rathenower KPD gewählt (eine andere Quelle benennt für 1945 zunächst den Eintritt in die SPD? Bei O.W.'s politischer Haltung unglaubwürdig!) und wird im April 1946 bei der Vereinigung mit der SPD Mitvorsitzender (paritätische Besetzung aller Parteifunktionen) der SED Rathenow.

Am 18.12.1945 wird Otto Weber als Opfer des Faschismus vom Rathenower Ausschuß O.d.F. anerkannt.

1948

Am 30. Oktober wird O.W. „wegen starker sektiererischer Tendenzen“ aus der SED ausgeschlossen, da er sich zur Politik des Leninbundes vor 1933 bekannte. In der Begründung heißt es: „Eine Reihe von Äußerungen zeigen klar, dass er mit der Linie der Partei nicht einverstanden ist, vielmehr versucht er immer zu ‚beweisen‘, dass die Politik des Leninbundes vor 1933 die richtige war und zeigt somit seine Verbundenheit mit seiner alten arbeiterfeindlichen Einstellung der damaligen Zeit. Sein Sektierertum zeigt er ganz offen. So stellt er z.B. die Frage, ‚ob die Politik der Partei richtig war, aus der SED eine Massenpartei zu machen‘, denn nur 20% aller Mitglieder sind gut, weil sie alte Genossen sind; 80% sind nicht zu gebrauchen. ... er behauptet, die Missstimmung gegen die Partei wird sich immer vergrößern und die Massen werden uns nicht mehr folgen. ... Weber unterstützt auch die Stimmung innerhalb der Partei, ‚dass man nicht offen sprechen darf, jeder hat Angst (!) etwas zu sagen‘. In diesem Zusammenhang werden dann noch einige Genossen verleumdet und als Spitzel bezeichnet ... Der Genosse Weber hat somit durch seine ganze Handlungsweise gezeigt, dass er nicht gewillt ist, mit der Partei zu marschieren, sondern gegen sie. Weber ist konsequent den Weg gegangen, den er als der frühere Trotzkest gehen musste – ins opportunistische, sowjetfeindliche Lager. Weber ist damit zum Parteischädling geworden.“ (siehe unten: *MV vom 8.9.1948 „Aus dem Parteileben“*)

O.W.'s Einspruch gegen den Parteiausschluss wird von der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) trotz einer positiven Stellungnahme Karl Gehrmanns abgelehnt. Otto Weber verliert alle Funktionen

50-er und folgende Jahre

Am 18.2.1952 wird Otto Weber als Verfolgter des Naziregimes bestätigt. O.W. wird Kreisvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), er betreibt die Erforschung des Widerstandskampfes gegen die Faschisten.

1965 erhält O.W. die Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus“.

In der SED-Geschichtsschreibung gibt es keinerlei Hinweis mehr auf die Person O.W., nach seinem Tod wird sein Name nicht im Ehrenhain der antifaschistischen Kämpfer auf dem städtischen Friedhof in den Stein gehauen.

Quellen:

- Online-Datenbank: Reichstagsabgeordnete der Weimarer Republik <http://www.zhsf.uni-koeln.de/biorab>;
- Reichstagshandbuch III. Wahlperiode 1924, Berlin 1925;
- Verhandlungen des Reichstages, III. Wahlperiode 1924, Bände 394 und 422;
- Deutsche Kommunisten, Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, K. Dietz Verlag;
- Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1994;
- Mitglieder der Nationalversammlung und des Reichstags der Weimarer Republik, - Gedenkbücher im Bundestag Band III;
- Unterlagen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs;

- „Dem 40. Jahrestag der Deutschen Novemberrevolution gewidmet“, Kommission der Kreisleitung der SED Rathenow zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung, 1958
- „Rathenower Zeitung“ vom 19.1.1929

„Märkische Volksstimme“

Ausgabe vom 8.9.1948, Seite 2

Aus dem PARTEILEBEN

Ausschluß aus der Partei

Laut Beschluß des Landesschiedsgericht und Bestätigung durch das Sekretariat des Landesvorstandes wurden die folgenden Genossen wegen parteischädigenden Verhaltens mit sofortiger Wirkung aus der SED ausgeschlossen:

1. Der frühere Genosse Alfred **Rhinow**. Der Genosse Rhinow war während des Krieges Mitinhaber eines Rüstungsbetriebes. Er hat dort unter Nichtachtung seiner früheren sozialistischen Einstellung eine sehr schlechte, arbeiterfeindliche Haltung an den Tag gelegt und diese Haltung auch nach 1945 fortgesetzt. Er trägt einen großen Teil Schuld an den antisowjetischen und Schumachertendenzen in Rathenow. Rhinow lehnte jede Kritik und Selbstkritik ab und versuchte durch parteifeindliche Handlungen den Kampf gegen die Partei zu führen. Rhinow ist als ein Parteischädling zu betrachten.

2. Der frühere Genosse **Weber**. Wohnhaft in Rathenow. Weber ist ein früherer „Leninbündler“, der schon 1928 einmal aus der damaligen KPD wegen trotzkistischer Einstellungen ausgeschlossen wurde. Seine Tätigkeit in Rathenow war ein Beweis dafür, dass er diese alte Einstellung beibehalten hat. Weber leugnete die in einem Artikel der „Märkischen Volksstimme getroffene Feststellung über die Lage in der Rathenower Parteiorganisation beharrlich ab, ebenso wie er seine eigene antisowjetische parteifeindliche Haltung leugnete. Weber ist konsequent den Weg gegangen, den er als der frühere Trotzkiist gehen musste – den Weg ins opportunistische sowjetfeindliche Lager. Er ist zu einem Parteischädling geworden.

3. Die frühere Genossin **Lippert**, wohnhaft in Rathenow. Die Genossin Lippert hat in zahlreichen Äußerungen erwiesenermaßen eine starke antisowjetische Einstellung im Sinne der Schumacherpartei bekundet. Sie hat diese Einstellung in einer Resolution, die sie an alle anderen Parteien und Massenorganisationen ohne Wissen der Partei versandte, zum Ausdruck gebracht und darüber hinaus eine offene bauernfeindliche Haltung an den Tag gelegt. Diese Tatsachen führten zu dem obigen Beschluß. Es wird dem Kreisvorstand Westhavelland anheimgestellt, der Genossin Lippert Gelegenheit zu geben, durch ihre Arbeit in den Massenorganisationen zu beweisen, dass sie ihre Fehler einsieht und bereit ist, sich im Sinne der Partei umzustellen.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Rathenow beschäftigte sich das Sekretariat des Landesvorstandes auch mit dem Verhalten des Genossen **Häusler**. Das Sekretariat verurteilt das Verhalten dieses Genossen, der sich schützend vor die Genossin Lippert stellte und ihre antisowjetische Einstellung dadurch zu entschuldigen bzw. zu verdecken versuchte. Der Genosse Häusler, der in seiner Eigenschaft als Mitglied des Landesvorstandes dazu verpflichtet gewesen wäre, hat nichts getan, um den falschen parteifeindlichen Auffassungen in Rathenow entgegenzutreten. Er hat also die zentralen Beschlüsse unserer Partei nicht

beachtet. Das Sekretariat hat beschlossen, ihm deshalb eine ernste Rüge zu erteilen und ihn aufzufordern, seine Funktion im Landesvorstand niederzulegen. Trotzdem soll dem Genossen Häusler noch einmal die Möglichkeit gegeben werden, sich in der künftigen Parteiarbeit zu bewähren und unter Beweis zu stellen, dass er ernsthaft den Willen hat, unserer Parteiorganisation in Rathenow zu helfen und ihre Schwächen und Fehler zu überwinden.

Anmerkung:

Berta Lippert geb. Burrasch, (1933) Buschstr. 14, war am 12. März 1933 auf der Liste der SPD in die Rathenower Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Mit dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 wurde auch ihr Mandat gelöscht. Sie stand unter Polizeiaufsicht mit täglicher Pflicht zur Meldung auf dem Revier. Nach der Befreiung ging sie den Weg ihrer Partei in die SED.

Willi Häusler war ebenfalls Sozialdemokrat und ging den Weg der Vereinigung mit der KPD zur SED. In der Rathenower Stadtverordnetenversammlung war er SED-Fraktionsvorsitzender und einer der Vertrauten des Oberbürgermeisters Paul Szillat, ehem. SPD. Anfang November 1950 wurde er (neben Paul und Hans Szillat, Willi Weidland, Hermann Lübke, Wilhelm Winter, Heinz Ramlow, Georg Kroschinski, Oswald Leuschner, Peter Ames, Otto Sommer und Karl Renziehausen – alle ehem. SPD) „wegen umfangreicher politischer Schädlingarbeit, Agenten- und Sabotagetätigkeit oder deren Unterstützung“ aus der SED ausgeschlossen.



Reichstagsgebäude, Lobby: Rauminstallation von Katharina Sieverding. Fotogemälde „Zerstörung und Wiedergeburt“ und die Gedenkbücher für die von den Faschisten verfolgten (links und rechts) und ermordeten (Mitte) Abgeordneten.



Diana Golze, MdB, LINKE,
vor der Eintragung für Otto Weber.
Seit 2014 ist sie Sozialministerin des Landes Brandenburg.



Christian Boltanski (Frankreich):
„Archiv der deutschen Abgeordneten“
Hier sind alle demokratisch gewählten Reichstagsabgeordneten ab 1919 mit einem
„Postfach“ vertreten. Die schwarze Box steht für die Jahre der faschistischen Diktatur
1933 bis 1945



96 Abgeordnete des Reichstages wurden von 1933 bis 1945 von den Nazis ermordet,

davon

44 Kommunisten, von denen 28 im KZ und 12 im Zuchthaus umgebracht wurden,

41 Sozialdemokraten, von denen 23 im KZ und 12 im Zuchthaus ermordet wurden,

4 vom Zentrum, davon 3 im KZ und einer im Zuchthaus,

3 Mitglieder der DVP, davon 2 im KZ,

1 Mitglied der BVP im KZ,

2 Mitglieder der DBP und

1 Mitglied der ChrNA (Paul Lejeune-Jung, siehe biogr. Notiz) wurden ermordet.

Für sie wurde vor dem Reichstagsgebäude ein Denkmal errichtet.